

ein Hindernis. Die Verhältniswahl sei damit, so Weber, »das *radikale Gegenteil jeder Diktatur*« (MWG I/16: 134, Herv.i.O.). Je nach politischen Ansichten würde man das Verhältniswahlrecht verschieden beurteilen müssen. Webers Einschätzung des Potenzials der sozialistischen Partei(en) hat sich somit geändert: Ging er noch zuvor davon aus, dass diese vom Verhältniswahlrecht profitieren würden, schätzt er ihre Stärke Ende 1918 so ein, dass er ihnen eine für die Sozialisierung notwendige Mehrheit zutraut.

An dieser Stelle wird deutlich, dass Webers institutionenpolitische Auseinandersetzungen nicht nur stark vom jeweiligen Kontext geprägt waren: Seine Äußerungen zum Verhältniswahlrecht deuten ebenso darauf hin, dass der leitende Gedanke bei der Änderung seiner Positionen der Fokus die Verhinderung einer Mehrheitsherrschaft der Sozialisten war. Für dieses Ziel war er demnach über die Zeit hinweg immer wieder bereit, bisherige Ansichten zu opfern. Wenngleich er in seinen Ausführungen zum Wahlrecht also keine expliziten Einschränkungen von Partizipationsrechten vorsieht – die weitgehende Verweigerung der öffentlichen Unterstützung des Frauenwahlrechts kann zumindest als implizite Einschränkung gelten – machen seine Aussagen zum Verhältniswahlrecht deutlich, dass er durchaus bestrebt war, die Effektivität der Partizipation der »unteren Klassen« begrenzen. Dazu bringt er Vorschläge zur Institutionalisierung der Wahl ein, die verhindern sollen, dass die mehrheitlich von ihnen gewählte Partei eine parlamentarische Mehrheit erlangt. So verfolgt Weber – bei aller Anpassung an einige der progressiven wahlrechtspolitischen Forderungen seiner Zeit – eine institutionenpolitische Strategie, die die Effektivität des Wahlrechts zwar nicht prinzipiell beeinträchtigt, vor dem Hintergrund der historischen Kräfteverhältnisse aber in erster Linie seinen eigenen politischen Zielsetzungen dient.

## 4 Parteien

Weber gilt als ein Theoretiker, der die Institution der Partei vor dem Hintergrund der Entstehung der »Massendemokratie« Anfang des 20. Jahrhunderts besonders ausführlich kommentiert und nachvollzogen hat. Hierbei stützt er sich neben seinen eigenen Beobachtungen der Entwicklung in Deutschland und den Erfahrungen seiner Amerikareise auf die Schriften von Mosei Ostrogorski, James Bryce (vgl. Portinaro 2001: 297) und schließlich Robert Michels, der mit seinem Hauptwerk *Soziologie des Parteiwesens* als Gründungsvater der Parteiensoziologie gilt (vgl. Bluhm/

---

ten: die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Zur zeithistorischen Einordnung des Begriffs siehe Wulf (1977). Zu Webers Bezugnahme auf den Begriff der Sozialisierung siehe Abschnitt 7.2.

Krause 2012: 9), und mit Weber über lange Zeit eng verbunden war.<sup>71</sup> Parteien nehmen für Weber auch eine zentrale Funktion bei der Institutionalisierung der Demokratie ein. Dabei sind auch in dieser Institution Elemente vorhanden, die politische Partizipation kanalisieren sollen. Inwiefern das als Einschränkung effektiver Partizipation bezeichnet werden muss, soll im Folgenden erörtert werden.

Bereits in Webers Auseinandersetzung mit dem Begriff der Partei in *Wirtschaft und Gesellschaft* kann man dies nachvollziehen:

»Parteien sollen heißen auf (formal) freier Werbung beruhende Vergesellschaftungen mit dem Zweck, ihren Leitern innerhalb eines Verbandes Macht und ihren aktiven Teilnehmern dadurch (ideelle oder materielle) Chancen (der Durchsetzung von sachlichen Zielen oder der Erlangung von persönlichen Vorteilen oder beides) zuzuwenden.« (MWG I/23: 716)

Im Begriff der Partei ist damit die Betonung auf die Bedingung der »Aktivität« angelegt, die auf der anderen Seite »die nicht aktiv mit vergesellschafteten Massen (der Wähler und Abstimmenden)« (MWG I/23: 717) zur Passivität verdammt. Ihr politischer Einfluss ist für Weber damit auf ihre Funktion als »Orientierungsmittel für die Werbearbeit des Parteistabes« (MWG I/23: 717) reduziert. Außerhalb der Tätigkeit in einer Partei bleibt der Bevölkerung also nur der als »minimalistisch« definierte Wahlakt als Möglichkeit der politischen Einflussnahme.<sup>72</sup> Weber betont jedoch auch den *voluntaristischen* Charakter der Parteien. Die Werbung von Anhängern müsse auf »formal freie[r] Werbung« (MWG I/15: 366, Herv.i.O.) beruhen. Es empfiehlt sich daher, einen genaueren Blick auf die Partizipationschancen und Machtverhältnisse sowie die strukturellen Mechanismen zu werfen, die Weber mit der Institution der Partei in Verbindung bringt.

71 Für Michels hatte die Begegnung mit Weber, so Mommsen, einen entscheidenden Einfluss auf seine intellektuelle Entwicklung und seine Parteitheorie. Neben den vielen Gemeinsamkeiten und der gegenseitigen Wertschätzung kam es zwischen ihnen aber immer wieder zu Unstimmigkeiten politischer Natur. So sah sich Weber durch Michels Äußerung, Deutschland hätte den Ersten Weltkrieg allein verursacht sowie dessen Übersiedlung nach Italien provoziert, wenngleich er ihn nach außen zunächst noch in Schutz nahm. Zur Beziehung von Michels und Weber vgl. Mommsen (1981).

72 Parteien sind für Weber im Vergleich zu Gewerkschaften oder berufsständischen Vertretungen die einzig wirklich politische Institution. Ihre Machtkämpfe umfassen alle möglichen sozialen Bindungen, was die Parteien zu weitaus stärkeren Verbänden macht, die gar in der Lage seien, berufsständische Solidaritäten zu »zerreißen« (MWG I/15: 360ff.). Selbst wenn es berufsständische oder andere Wahlkörperschaften geben sollte, würden die Parteien immer völlig unabhängig von ihnen das wirkliche politische Leben führen (vgl. MWG I/15: 264f).

#### 4.1 Die moderne »Massenpartei«

Weber ist wie Ostrogorski und Bryce Zeuge eines mit der Demokratisierung einhergehenden Wandels des Parteiensystems. Wenngleich über die Landesgrenzen hinweg große Unterschiede bestehen – im Mittelpunkt stehen hierbei für Weber Deutschland, die USA und England – beobachten alle drei Autoren eine Tendenz zur Entstehung von neuartigen Parteiapparaten als Ergebnis einer Bürokratisierung der Parteipolitik mitsamt der Herausbildung neuer Eliten (vgl. Portinaro 2001: 296ff.). Für Weber ist dabei die Abkehr von der »Honoratiorenpartei« hin zur modernen »Massenpartei«, die er – in besonderer Form<sup>73</sup> – zunächst in den USA kennenlernte, von zentraler Bedeutung. Die Honoratiorenpartei begreift er als eine Institution des Bürgertums, die mit dessen Aufstieg als politischer Kraft entstanden sei (vgl. Jörke 2011: 284). Auch in seiner Gegenwart sieht Weber diese Parteiform vor allem in den bürgerlichen Parteien. Im Prinzip bestünden diese aus Persönlichkeiten, deren *ideeller* Lebensinhalt in der Bekleidung von Posten und anderen politischen Aktivitäten im Rahmen der Partei bestritten werde, die aber materiell unabhängig seien. Neben Großgrundbesitzern sieht er wie schon Tocqueville insbesondere Anwälte, die sich durch ihre von Berufs wegen ausgezeichnete Redefähigkeit auszeichnen, als prädestiniert für die Honoratiorenrolle. Ihre finanzielle Unabhängigkeit und ihre »Abkömmlichkeit« – sie arbeiten in der Regel selbständig und sind nicht wie ein Fabrikant von der Führung seines Unternehmens oder wie der Arbeiter von der hohen Arbeitslast eingenommen (vgl. MWG I/17: 170, MWG I/15: 376ff., ebd.: 502) – verleiht ihnen Weber zufolge einen »aristokratischen« (MWG I/15: 377) Charakter.<sup>74</sup> Die (durch Mehrheitswahlrecht verstärkte) Macht der parlamentarischen Honoratioren machte sie neben den lokalen Parteihonoratioren zu den alleinigen Inhabern jeder Form von Amtspatronage (vgl. MWG I/17: 202).

Doch die Honoratiorenherrschaft kann in Webers Augen aufgrund der Modernisierung der politischen Prozesse nicht fortbestehen. An ihre Stelle tritt nun die moderne »Massenpartei«: Die damit einhergehende Rationalisierung des Parteietriebs sei Voraussetzung für die moderne »Massenpropaganda« und damit zur Grundlage von Wahlerfolgen geworden. Um diese Wahlkampftechniken umzusetzen, müssen Parteibeamte die Organisation der Partei und der Wahlkämpfe übernehmen. Wichtige Propagandainstrumente wie die organisierte Reklame und eige-

73 In den USA führte das sogenannte *spoils-system*, das weite Teile der staatlichen Bürokratie von dem jeweils amtierenden Präsidenten besetzen ließ (»Ämterpatronage«), laut Weber zur Entstehung eines neuen Parteityps, der »Stellenjägerpartei« (MWG I/17: 174): Diese versammle in erster Linie jene Aspiranten, die sich eine Position in der Verwaltung erhofften, sollte ihr Präsidentschaftskandidat die Wahl gewinnen.

74 In Deutschland jedoch, so Weber, gebe es keine politische Klasse, die dem Lebensstil und den politischen Fähigkeiten einer Aristokratie wie der englischen entsprechen würde (vgl. MWG I/15: 374).

ne Parteizeitungen, aus einer zentralen Parteikassen finanziert, und nicht zuletzt eine strengere Parteidisziplin als in der Honoratiorenpartei seien dabei erforderlich (vgl. MWG I/15: 547). Diese »modernsten Formen der Parteiorganisation« stehen dem »idyllischen Zustand<sup>75</sup> der Herrschaft von Honoratiorenkreisen« (MWG I/17: 202) entgegen. Weber selbst hält daher die personelle Erneuerung der Parteien und die Abkehr vom Honoratiorenprinzip nicht nur für strukturell erforderlich, sondern auch für politisch notwendig: Er tritt damit für eine Demokratisierung der Parteistrukturen ein (vgl. MWG I/16: 108f.). Doch wie bei den Wahlen ist die Demokratisierung auch hier mit Einschränkungen effektiver Partizipation verbunden.

Die moderne »Massenpartei« ist bei Weber als Ausdruck und Folge dreier Tendenzen zu verstehen: der Demokratisierung, der Bürokratisierung und der Ausrichtung auf das Führungspersonal. Moderne Parteien, so Weber in *Politik als Beruf* seien die »Kinder der Demokratie, des Massenwahlrechts, der Notwendigkeit der Massenwerbung und Massenorganisation, der Entwicklung höchster Einheit der Leitung und strengster Disziplin« (MWG I/17: 202). Anders als zuvor sind nicht mehr in erster Linie die parlamentarischen Politiker ausschlaggebend. Stattdessen setze eine weitgehende formale *Demokratisierung* ein, indem die maßgeblichen Programme, Posten und Wahlkreiskandidaturen nicht mehr von kleinen Honoratiorenzirkeln, sondern von den Parteiversammlungen der organisierten Mitglieder bestimmt werden (vgl. MWG I/17: 202). Als Beispiel nennt Weber die Entwicklung in England. Dort habe die Demokratisierung des Wahlrechts nach dem zweiten *Reform Act* 1868 die Einführung von Wahlverbänden notwendig gemacht, um die »Massen« zu gewinnen. Dazu wurde das *caucus*-System erschaffen: Die Organisation von Wahlkämpfen erfolgte dort durch professionalisierte Wahlkomitees, die aufgrund ihrer höheren Effizienz bei der Stimmengewinnung die Vorherrschaft der parlamentarischen Honoratioren beendeten (vgl. MWG I/17: 207f.). Mit anderen Worten: Die Honoratiorenherrschaft könne nicht fortbestehen, weil die »Rationalisierung des Parteibetriebs« (MWG I/15: 528) Voraussetzung für Wahlerfolge geworden sei.

Zur Herstellung der nötigen Disziplin, der Kontinuität und der Sicherstellung der zu erledigenden neuen Aufgaben war für Weber eine *Bürokratisierung* der Partei unumgänglich. Die Bürokratisierung, inklusive der Einführung einer auf rationalen Kalkulationen beruhenden Finanzplanung, sei zu einer wichtigen Begleiterscheinung der Demokratisierung geworden (vgl. MWG I/15: 531). Parteibeamte und die für die moderne Wahlkampfführung notwendige Geldbeschaffung galten für Weber fortan als »treibendes Element der Parteitaktik« (MWG I/15: 530). In den USA, die bei Weber als mustergültiges Beispiel für die moderne Parteidemokratie gelten, koste ein Wahlkampf mittlerweile »direkt und indirekt etwa so viel

75 »Idyllisch« ist dieser Zustand bei Weber vor allem für die Honoratioren selbst, die an den wichtigsten politischen Schaltstellen saßen (vgl. MWG I/17: 202).

wie ein Kolonialkrieg« (MWG I/22-4: 505). Dem Bedeutungszuwachs der »Partei-beamten« entspricht die berühmte Weber'sche Beobachtung des Übergangs vom Typ des nebenberuflichen Politikers zum *Berufspolitiker*. Während die *für* die Politik lebenden haupt- oder nebenberuflichen Politiker der Honoratiorenpartei finanziell von der politischen Arbeit unabhängig waren, was diese meist erst ermöglichte, charakterisiere den modernen Berufspolitiker, dass er »von der Politik« (vgl. MWG I/17: 172, Herv.i.O.) lebe. In der modernen »Massendemokratie« handele es sich dabei um all jene, die einen festen Lohn für ihre politische Arbeit beziehen, sei es im Staat als Minister oder Beamter, als Redakteur einer Parteizeitung oder als Partei- oder Gewerkschaftssekretär (vgl. MWG I/17: 172).<sup>76</sup> Mit der Bürokratisierung der Partei geht also eine tendenzielle Verschiebung der parteipolitischen Aktivitäten auf die Parteizentralen einher. Innerparteiliche Mitbestimmung und entsprechendes Engagement seitens der Bürger spielt für Weber keine explizite Rolle. Das deckt sich mit seiner oben beschriebenen Auffassung, dass politische Partizipation der breiten Bevölkerung auf den Wahlakt zu beschränken sei. Doch neben der Demokratisierung und der Bürokratisierung weise die moderne »Massenpartei« eine weitere Tendenz auf, die die für politische Entscheidungen relevanten Zirkel innerhalb der Partei noch kleiner werden lässt, indem sie sie auf wenige Führungspersonlichkeiten beschränkt.

## 4.2 Die Kanalisierung der Mitbestimmung: Bürokratie und »Führertum«

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen seiner Amerikareise und insbesondere geprägt durch die Schriften von James Bryce (vgl. Mommsen 1974b: 424) bezeichnet Weber den modernen Parteiapparat als »Maschine« (vgl. MWG I/17: 204). Wer diesen »Menschenapparat« kontrollieren könne, der habe letztendlich auch die Macht über die Parlamentsabgeordneten der Partei, die von ihr abhängig geworden seien (vgl. MWG I/17: 204). Von der zuvor genannten Demokratisierung der modernen Partei ist bei diesem *top-down*-Kontrollverhältnis kaum noch eine Spur zu erkennen. Diese Entwicklung betrifft für Weber insbesondere die sozialdemokratische Partei. Hier sei die Bürokratisierung so weit fortgeschritten, dass die Herrschaft über die Maschine gänzlich den Parteibeamten zuzufallen drohe (vgl. MWG I/17: 204f.). Sie wurde, zwar noch unter »demokratischen Formen«, weitgehend »diszipliniert und zentralisiert« (MWG I/15: 530). Obwohl Weber insgesamt ein kritisches Verhältnis zur Bürokratisierung aufweist, vor allem wenn es um die Beamtenherrschaft innerhalb des Staatsapparates geht – für ihn das »Gehäuse [...] [der] Hörigkeit der Zu-

76 Auch in früheren Zeiten gab es solche Berufspolitiker, die ihren Lebensunterhalt aber nicht aus festem Lohn, sondern aus »Pfründen« wie Lehen, Bodenschenkungen oder Amtspachten bezogen (vgl. MWG I/17: 173). Gegen die politische Privilegierung dieser meist konservativen Beamten-schicht wendet sich Weber scharf in *Wahlrecht und Demokratie in Deutschland*.

kunft« (MWG I/15: 464) –, schlägt er in Bezug auf die Sozialdemokratie auch wohlwollendere Töne an.<sup>77</sup> Aufgrund seiner Rationalisierung fungiere der Parteiapparat schließlich als »sehr wichtiges Gegengewicht gegen die [...] irrationale Straßenherrschaft« (MWG I/15: 550). Darüber hinaus versteht Weber die Bürokratisierung der Sozialdemokratischen Partei als Korrektiv zu ihrem Charakter als »Weltanschauungspartei«, indem sie die revolutionäre Gesinnung untergrabe und die Partei damit für die bürgerliche Ordnung grundsätzlich anpassbar mache (vgl. Mommsen 1974b: 119f.).<sup>78</sup> Sobald die Bürokratisierung in der Politik zu einer Kanalisierung der politischen Partizipation von der »Straße« in möglichst »kleine Kreise« beitragen kann, ist sie also in Webers Augen zu befürworten. Doch wie genau läuft diese Kanalisierung der Partizipation ab?

Die Bürokratisierung der Partei führt bei Weber zunächst zu einer Minderung *inhaltlicher* Partizipation und ruft in diesem Zuge die zentrale Figur in Webers Demokratietheorie auf den Plan – den politischen »Führer«:

»Je mehr Massenwirkung beabsichtigt ist und je straffer die bürokratische Organisation der Parteien wird, desto nebensächlicher wird dabei die Bedeutung des Inhalts der Rede. Denn ihre Wirkung ist, soweit nicht einfache Klassenlagen und andere ökonomische Interessen gegeben und daher rational zu berechnen und zu behandeln sind, rein emotional und hat nur den gleichen Sinn wie die Parteizüge und Feste: den Massen die Vorstellung von der Macht und Siegesgewißheit der Partei und vor allem von der charismatischen Qualifikation des Führers beizubringen.« (MWG I/22-4: 506)

Da sie nicht mehr in dem dafür erforderlichen Maße durch lokale Honoratioren Rückhalt in der Bevölkerung genießen, seien insbesondere »straff organisierte Parteien« darauf angewiesen, sich den politischen »Führern«, die sich als »Vertrauensmänner der Massen« zu inszenieren wüssten, unterzuordnen (vgl. MWG

---

77 Um Missverständnisse zu vermeiden, sei hier daran erinnert, dass Weber die fortschreitende Bürokratisierung als ein zentrales, wenn nicht als *das* zentrale Merkmal jener modernen Kulturentwicklung sieht, die er unter dem Begriff der Rationalisierung subsumiert (vgl. Paetz 2020: 53). Angesichts der kritischen Bemerkungen in den politischen Schriften, allen voran in *Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland* ist sein Verhältnis zur Bürokratisierung als ambivalent zu bezeichnen. Zur Ambivalenz Webers gegenüber der Bürokratie allgemein vgl. Beetham (1985: 65), speziell zur Bürokratie als »Maschine« vgl. Anter (2014b: 227ff.).

78 Damit entscheidet sich Weber in der Bewertung der Bürokratisierung grundlegend von Robert Michels, der in der Bürokratisierung ein Hindernis der sozialistisch-demokratischen Ziele sah (vgl. Mommsen 1974b: 118, Mommsen 1981: 107). Die von Michels auf den Begriff gebrachte *Oligarchisierung* (vgl. Michels 1987) ist in Webers Augen unvermeidlich (vgl. Beetham 1985: 102).

I/15: 546, 548).<sup>79</sup> Mit anderen Worten: »Führer wird nun derjenige, dem die Maschine folgt« (MWG I/17: 204). Diese Konstellation entspricht Webers Begriff der »plebiszitären Demokratie«. Die Demokratisierung, von der Weber mit Blick auf die moderne »Massenpartei« spricht, erweist sich in Bezug auf effektive Partizipation als ambivalent. Bei ihm wird die Partizipation der Bürger durch die zentrale Funktion des politischen »Führers« in der Partei zwar auf zwei Ebenen ermöglicht, zugleich aber auf die Führungspersönlichkeiten kanalisiert.

*Erstens* wird die Institution der Partei selbst vollkommen den Führungspersönlichkeiten untergeordnet (vgl. MWG I/15: 493). Durch die Mitbestimmung auf Parteitagen versprach die moderne »Massenpartei« den Mitgliedern zwar mehr Einfluss als noch die Honoratiorenpartei. Wie oben dargelegt, bewirkt jedoch schon die Bürokratisierung des Parteiapparats eine Kanalisierung des demokratischen Einflusses weg der Basis. In Webers Vorstellung der plebiszitären Demokratie kommt erschwerend hinzu, dass sowohl Parteibeamte als auch Parlamentsabgeordnete unter dem Einfluss der »Führer« stehen. Diese kontrollierten nicht nur die »Parteimaschine«, sondern seien auch in der Lage, »den Parlamentariern Schach [zu] bieten und ihnen ihren Willen ziemlich weitgehend aufzuzwingen« (MWG I/17: 204). In England seien die Parlamentarier nach der Einführung des *caucus*-Systems daher »nichts anderes als gut diszipliniertes Stimmvieh« (MWG I/17: 211). Zudem könne sich dieser neue »Führertyp« innerhalb der modernen Partei leichter gegen Parteibeamten durchsetzen als in der früheren Form gegen die Honoratioren, die solchen politischen »Führern« mit Argwohn begegnen und ihr Emporkommen erschweren würden (vgl. MWG I/17: 207f./204f.). Dass sie sich schließlich trotzdem durchsetzen, ist für Weber unumgänglich, damit die moderne Partei ihre Kraft entfalten kann: »Um für den Führer als Apparat brauchbar zu sein, muß sie blind gehorchen« (MWG I/17: 223f.).

*Zweitens* wird der Grad der Unterordnung des Parteiapparats unter den »Führer« noch übertroffen, wenn man Webers Beschreibung der Beziehung der Parteiführer zu den »Massen« hinzuzieht. Hier kommt erneut der »charismatische« Legitimitätsgrund zur Geltung: Im Zentrum steht die beabsichtigte »Massenwirkung« der Führungspersönlichkeit, ihre Fähigkeit, möglichst viele Bürger hinter sich zu versammeln. Dabei zähle allen voran die Hingabe an den »Führer« als Person und nicht ein »abstraktes« Programm als Motiv der Gefolgschaft (vgl. MWG I/17: 204).<sup>80</sup> We-

79 An dieser Stelle wird noch einmal deutlich, dass Webers staatspolitisches Intentionen fern von faschistischen Führerkonzepten stehen: Durch die notwendige Einbindung dieser »Massenfürher« in die Parlamentsarbeit werde gewährleistet, dass sie »sich den festen Rechtsformen des Staatslebens einfügen und daß sie nicht rein emotional, also lediglich nach den im üblichen Sinne des Wortes »demagogischen« Qualitäten, ausgelesen werden« (MWG I/15: 549). Siehe auch Kapitel 7 zur Institution des Reichspräsidenten.

80 Siehe dazu die Bindung an den durch charismatische Legitimitätsgründe anerkannten Herrscher in Abschnitt 1.2.

bers Demokratieverständnis setzt schließlich voraus, dass nur kleine politische und begabte Gremien kluge politische Entscheidungen zu treffen in der Lage sind (vgl. MWG I/15: 493, siehe oben, Abschnitt 1.3). Dazu müsse sichergestellt werden, dass in modernen Parteien »die Masse [...] der Wähler, in ziemlichem Umfang aber auch der einfachen ›Mitglieder‹, nicht (oder nur formell) beteiligt an der Bestimmung der Programme und Kandidaten« (MWG I/15: 455, Herv.i.O.) ist. Nicht die Einstellung der potenziellen Wähler, sondern die Anpassung an Chancen, mit einem bestimmten Programm, einer bestimmten Strategie oder einer spezifischen Rhetorik die Stimmen der Wähler zu gewinnen, seien somit ausschlaggebend für die Wahl der Kandidaten. War es für Tocqueville und Mill zumindest noch denkbar, dass die Bürger(innen und Bürger) ihre Angelegenheiten in (lokal) begrenztem Maße selbst in die Hand nehmen, zeigt sich bei Weber an der Institution der Partei, dass er dies im Zeitalter der Massenpolitik weder für möglich noch für erstrebenswert hält.

Je nach nationalem Kontext können die Parteiführer bei Weber unterschiedliche Formen annehmen. Ein Beispiel ist für ihn der Typ des amerikanischen Boss – ein »politischer kapitalistischer Unternehmer, der für seine Rechnung und Gefahr Wahlstimmen herbeischafft« (MWG I/17: 215). Er sei dadurch charakterisiert, dass er »nur« nach Macht suche und gesinnungspolitische Fragen für ihn keine Rolle spielten (vgl. MWG I/17: 216). Für die Partei sei er jedoch unentbehrlich, da er die Verbindung zu wichtigen Geldgebern sowie zu anderen lokalen *Bossen* aufrechterhalte und so Wahlkampfmittel und schließlich Stimmen kontrollieren könne (vgl. MWG I/17: 215). Ein anderes Beispiel einer modernen politischen Führungsfigur sieht Weber in England. Als Folge des *caucus*-Systems trete dort mit Gladstone ein Politikertypus auf den Plan, den Weber als »Diktator des Wahlschlachtfeldes« (MWG I/17: 209) bezeichnet. Der Glaube der »Massen« an die Integrität seiner Person und seiner Politik habe Gladstone so zu seinem Erfolg über das Honoratiorensystem geführt. Die Mitglieder der eigenen Partei seien dabei im Parlament zum »Stimmvieh« degradiert sowie auf die Funktion reduziert worden, als Teil der »Maschine« die »Massen« hinter dem »Führer« zusammenzubringen (vgl. MWG I/17: 211, 213). »Diktator« sei jemand wie Gladstone, weil er die Emotionalität der »Massen« für den eigenen politischen Erfolg auszunutzen gewusst habe (vgl. MWG I/17: 209). Dem politischen »Führer« komme somit eine nahezu diktatorische Macht zu, während die Bevölkerung nicht nur zur Passivität verdammt, sondern auch zum emotionalen Spielball der jeweiligen Parteiführer abgewertet wird. Diese Praxis habe schließlich die »geistige Proletarisierung« (MWG I/17: 223) der Parteianhänger zur Folge. Dies ist für Weber kein Grund zur Klage, sondern schlichtweg der Preis, den man für die »Leitung durch Führer« (MWG I/17: 224) zahlen müsse und den er selbst ohne Einschränkung zu zahlen bereit ist.

In Bezug auf Deutschland steht für Weber fest, dass eine solche »Führerfigur« nicht vorhanden sei (vgl. MWG I/17: 218, 224f.). Das ist ein großes Problem für Weber, wie auch für die Gesamtheit der bürgerlich-liberalen Kräfte. Wie er selbst

schreibt, habe die Regierung Bismarcks ein politisches System hinterlassen, aus dem das Bürgertum geschwächt hervorgegangen sei (vgl. Eliaeson 2000: 135), weil es nicht geschafft habe, die politischen Führungspersönlichkeiten hervorzubringen, die es bräuchte, um dem eigenen Führungsanspruch zu genügen. Insbesondere gegen Ende des Ersten Weltkrieges sahen die Liberalen das Kaiserreich in einer Führungskrise (vgl. Albertin 1972: 248), die sie, wie auch Weber bekennt, selbst zu füllen beanspruchten (vgl. MWG I/4: 558). Einen Grund für den Mangel an Führungspersönlichkeiten sieht Weber in den fehlenden Parteistrukturen, die deren Aufstieg begünstigen könnten. Stattdessen sorgten die nach wie vor starken Honoratiorenstrukturen und das Verhältniswahlrecht<sup>81</sup> dafür, dass sich weder die modernen Parteiapparate noch die entsprechenden Persönlichkeiten herausbilden könnten (vgl. MWG I/17: 222). Die Ausrichtung der Partei nach dem Prinzip der »plebiszitären Führerdemokratie« ist somit als Versuch zu verstehen, das liberale Ideal einer politischen Führungselite in der modernen »Massendemokratie« umsetzbar zu machen (vgl. Mommsen 1974b: 201).

## 5 Parlamente

Für Weber, der sich in dieser Hinsicht als klassischer Liberaler erweist,<sup>82</sup> sind »Parlamentarismus und Demokratie [...] weit davon entfernt, identisch zu sein« (MWG I/16: 130, Herv.i.O., vgl. Breuer 2006: 127). Trotzdem bezeichnet er die von ihm vorgeschlagenen Reformen zur Stärkung des Parlaments als Beitrag zur *Demokratisierung* (vgl. Beetham 1985: 101). In *Wahlrecht und Demokratie in Deutschland* plädiert er dementsprechend für eine Kombination von Parlamentarisierung und Demokratisierung, da nur auf diesem Weg der drohenden Beamtenherrschaft etwas entgegengesetzt werden könne (vgl. MWG I/15: 393f.). Eine Demokratie ohne Parlament sei nämlich nicht in der Lage, die Verwaltung zu kontrollieren und ein Parlament ohne Demokratie führe zur Bildung von »parlamentarischen ›Cliques« (MWG I/15: 393, Herv.i.O.), die anstelle der Bürokratie ebenso kontrollfrei herrschen würden. Eines der wichtigsten institutionenpolitischen Anliegen von Weber war demnach die Stärkung des Parlaments. Die »Zukunftsfrage der deutschen Staatsordnung«, laute, so Weber in *Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland*, wie »man das Parlamentfähig zur Macht« (MWG I/15: 501, Herv.i.O.) mache. Doch wie bei der Demokratie allgemein hegte Weber auch hier keine »Sentimentalitäten« (Eliaeson 2000:

81 Gut eine Woche vor dem Münchener Vortrag *Politik als Beruf* am 28.1.1919, aus dem diese Überlegungen Webers stammen, wurden erstmals Reichstagswahlen nach dieser Methode abgehalten.

82 Zum schwierigen Verhältnis von Parlamentarismus und Demokratie bei liberalen Theoretikern siehe Backes (2000).